

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 58 (1964)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : Amerika nach der Wahl ; Geschäftspolitik "wie üblich" ; Labour an der Macht ; Der Theatercoup von Moskau ; Die Folgen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140933>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schnitten, zwei Schriftfaksimili und eine Reproduktion der Urkunde zur Verleihung des Doktors honoris causa 1959 der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin. Es ist nicht nur ein wertvolles, sondern auch ein künstlerisch und drucktechnisch schön ausgestattetes Buch, das jedem Besitzer Freude bereiten wird.

E. P.-L.

WELTRUND SCHAU

Amerika nach der Wahl Unser monatlicher Rückblick hinkt diesmal den Ereignissen, auf die er sich bezieht, in besonders unliebsamer Weise nach. Von den «weltbewegenden» Vorgängen der Berichtszeit sind mindestens zwei — die Erneuerung des britischen Unterhauses und der Sturz Chruschtschews — eingetreten, während eben das Oktoberheft der «Neuen Wege» im Druck war, so daß wir uns erst jetzt, in diesem Novemberheft, dazu äußern können, zusammen mit der Besprechung der seither dazugekommenen neuesten Vorgänge auf der Weltbühne. Unsere Leser werden diese Rückständigkeit entschuldigen.

Im Vordergrund steht nun natürlich der Ausgang der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Er brachte keine Überraschung, insofern es sich um die Frage «Johnson oder Goldwater?» handelte; denn daß Johnson gewinnen werde, stand nach allem, was man wußte, von vornherein fest, und es ging nur noch darum, ob auch der «Erdrutsch» für Johnson erfolgen werde, der als nötig erklärt wurde, um dem Senator aus Arizona eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Aber auch der Erdrutsch ist — nach amerikanischen Begriffen wenigstens — eingetreten. Millionen von Wählern, die sonst republikanisch stimmten, sind zu Johnson übergetreten und haben ihm mit 41,7 Millionen Stimmen gegen 26,3 Millionen, die auf Goldwater fielen, einen Sieg verschafft, wie er in der amerikanischen Geschichte bisher nur selten vorkam. Das ist doch tröstlich und ermutigend, so wenig Johnson daraus eine überwältigende Vertrauenskundgebung gerade für sich persönlich und seine Politik ableiten kann; es war ja nicht so sehr ein Sieg Johnsons, der am 3. November 1964 zu verzeichnen war, als eine Niederlage Goldwaters, den die große Mehrheit der Amerikaner einfach als einen unmöglichen Anwärter auf das mit der größten politischen Macht auf Erden bekleidete Amt ansah und eindeutig zurückwies. Johnsons Erfolg ist um so größer, als seine Partei auch bei den Teilerneuerungswahlen zum Senat und bei der Gesamterneuerung des Abgeordnetenhauses ihre Stellungen auszubauen vermochte, während die Republikanische Partei auf Bundesboden wie in den Einzelstaaten innerlich zerrissen und äußerlich geschwächt aus den heurigen Wahlen hervorging.

Die bedenkliche Tatsache bleibt immerhin bestehen, daß sich fast 39 Prozent der stimmenden Amerikaner und Amerikanerinnen für

einen Präsidenten ausgesprochen haben, der ein schlechterdings unverantwortlicher, unzuverlässiger Politiker ist und imstande wäre, die Vereinigten Staaten wie die ganze Welt in ein katastrophales Abenteuer zu stürzen. (Bei den deutschen Reichstagswahlen vom 5. März 1933, den letzten vor Hitlers Machtantritt, stimmten 43 Prozent der Wähler für die Nazis, freilich erst nach dem Betrug mit dem Reichstagsbrand.) Diese Gefahr ist für den Augenblick beseitigt; ob aber auch für immer? Goldwater hofft bestimmt, in vier Jahren mit mehr Aussicht auf Erfolg wiederkommen zu können, und inzwischen wird der Goldwaterismus möglichst viel neuen Boden im Volk zu gewinnen trachten. Wieweit ihm das gelingen wird, hängt von der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in den USA und von der künftigen Gestaltung der Weltlage ab. Wenn je eine krisenhafte Erschütterung ersten Grades im sozialen und politischen Gefüge der Vereinigten Staaten eintreten und besonders die Negerbewegung in ein erklärt radikales Fahrwasser geraten sollte, dann wäre — wie wir in unserer letzten Weltrundschau dargelegt haben — die Gelegenheit für Goldwater günstig, sich an die Spitze einer gewalttätig gegenrevolutionären Bewegung zu stellen — und das müßte auch für die übrige Welt verhängnisvolle Wirkungen nach sich ziehen.

Aber auch ohne das bleibt der Goldwaterismus eine Kraft, auf die Präsident Johnson in der Formung seiner Politik ebenso Rücksicht nehmen muß, wie sein Vorgänger Kennedy der freilich nur knapp unterlegenen Nixon-Partei in seiner politischen Haltung Rechnung tragen mußte; man hat das nicht nur in der Kubakrise gesehen. Und von Johnson und seiner Regierung ist ja ohnehin nicht viel Gutes zu erwarten, mindestens nicht auf internationaler Ebene, wo er jetzt die Hand frei hat, um die geschwächte Machtstellung der Vereinigten Staaten in der Welt neu zu stärken und die Anklagen der Goldwaterleute wegen seiner «Weichheit» gegenüber dem Kommunismus zu entkräften. Vietnam und Südostasien dürften der erste Schauplatz der neuen «Politik der Stärke» sein, auf die nicht nur die Militärführer und die zivilen Scharfmacher schon längst hindräängen. I. F. Stone's «Weekly» warnte zwar letzthin (26. Oktober) nachdrücklich: «Das Amerikanische Jahrhundert nähert sich seinem Ende; es hat kaum zwei Jahrzehnte gedauert. Wir müssen uns auf eine nicht ferne Zeit einrichten, in der zwei andere Großmächte es uns an roher Macht und bald auch an Wohlstand gleichtun werden ... (Wir müssen) schnell China in die Völkerfamilie hereinbringen, bevor das atomare Wettrüsten unserem Einfluß ganz entgleitet und jeder größere Staat die Macht hat, einen Weltbrand zu entfachen.» Aber gerade diese Aussicht, daß der Traum vom «Amerikanischen Jahrhundert» ebenso verfliegen wird wie der Traum vom Tausendjährigen Reich der Deutschen, mag die Vereinigten Staaten unter dem Druck ihrer Draufgängergruppen in Versuchung führen, doch noch loszuschlagen, solange Amerika — wie es überzeugt ist — die erste Militärmacht der

Welt ist und die Sowjetunion noch schwankt, ob sie gegebenenfalls auf die Seite Chinas treten will. Die Regierung Johnson wird bald zeigen müssen, ob sie die Kraft hat, solchem lebensgefährlichen Druck zu widerstehen.

Geschäftspolitik «wie üblich» Findet man unsere Darstellung der politischen Lage in den Vereinigten Staaten allzu düster gefärbt? Dann greife man zu dem kürzlich herausgekommenen Buch «Die Kehrseite der USA» von L. L. Matthias (Rowohlt-Verlag, Hamburg). Professor Matthias hat schon früher ein Buch veröffentlicht «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953», das ein nüchternes, auf jahrelange Beobachtung an Ort und Stelle gegründetes Bild der Vereinigten Staaten, dieser «ranglosen Erwerbsgesellschaft» (wie er es nannte), entwarf. Es ist viel gelobt, aber natürlich noch viel mehr angegriffen worden. Das neue Werk des Verfassers ist eine Art erweiterte und auf den heutigen Stand der Dinge gebrachte Auflage des ersten und sollte all den vielen unter uns, die sich noch Täuschungen über den Charakter von «Gottes eigenem Land» hingeben, die Augen öffnen. Wir gedenken auf diejenigen Teile des Buches, die sich mit den innenpolitischen, den sozialen und den kulturellen Verhältnissen in den USA befassen, später zurückzukommen, möchten aber hier gleich einige Stellen herausheben, die ein bezeichnendes Licht auf die amerikanische Weltpolitik werfen.

Die Herrschaftsformen, die Washington besonders seit dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa verwendet, seien — so schreibt Matthias — grundsätzlich die gleichen, die schon lange für die lateinamerikanischen Länder Geltung gehabt hätten. Ohne Kolonien im eigentlichen Sinn zu sein, seien diese Länder doch ein Teil des nordamerikanischen Imperiums geworden. «Man hatte dort im Laufe der Zeit Millionenwerte aufgekauft, die es keiner Landesregierung gestatteten, die Interessen des fremden Kapitals unberücksichtigt zu lassen . . . In Kuba betrugen sie mehr als eine Milliarde und beschränkten sich nicht nur, wie man meistens annimmt, auf Olraffinerien und Zuckerplantagen. Fast sämtliche Bergwerke . . . befanden sich in amerikanischen Händen. Desgleichen die gesamte Energieproduktion, der Telephon- und Telegraphendienst und 80 Prozent sämtlicher Straßenbahnen. Kuba war eine amerikanische Kolonie ohne amerikanische Flagge.»

Ahnlich ging Amerika in Europa vor*. Man brauchte nicht in erster Linie Soldaten — man kaufte. «Man kaufte Banken, Bergwerke, Indu-

* Man vergleiche damit auch die Meldung der «NZZ» aus Australien (Nummer 4680): «Eigentümlicherweise scheint sich selbst der Streik bei den General-Motors-Holden-Autowerken, dem sich bereits 18 000 Arbeitnehmer angeschlossen haben, gegen die Regierung auszuwirken. Obgleich die Gewerkschaften eindeutig gegen die Bestimmungen des gesetzlichen Schlichtungsverfahrens verstossen, können sie doch mit einer gewissen Sympathie von weiten Schichten der Bevölkerung rechnen, weil das Unternehmen Reingewinne von solchen Ausmaßen gemacht und nach

strien, Aktienmajoritäten jeder Art, Land und was sonst noch entwicklungsfähig schien. Man ist mit dieser Politik noch nicht so weit gelangt wie in lateinamerikanischen Ländern, aber man ist auf dem besten Wege, sein Ziel zu erreichen.» Die westeuropäischen Geschäftsleute ziehen eben am gleichen Strang wie die amerikanischen. Sie stehen ihren amerikanischen Kollegen näher als ihrer eigenen Nation. «Man ist also auch in den meisten Ländern Europas an einer Fortsetzung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten interessiert. Man ist somit auch an einer Fortsetzung des Kalten Krieges interessiert; denn welche bessere Begründung könnte es geben, die Erforderlichkeit eines ‚atlantischen‘ Zusammenschlusses zu demonstrieren, als den Hinweis auf einen gemeinsamen Feind? Hatte nicht Harry S. Truman in seiner Baylor-Rede gesagt, daß das amerikanische System nicht überleben könne, wenn es nicht von allen Nationen übernommen wird? Also mußte man das amerikanische System selbst übernehmen, wenn man wollte, daß die Vereinigten Staaten überleben. Man mußte auf alle eigenen politischen und sozialen Traditionen und Ziele verzichten. Man durfte nicht mehr politisch-produktiv sein, um wirtschaftlich-produktiv bleiben zu können. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Kalte Krieg fortgesetzt wird... Die Entspannungspolitik Kennedys wird nicht fortgesetzt werden — so wie auch die Roosevelt-Politik 1945 nicht fortgesetzt worden ist. Es wird die alte unfruchtbare Politik sein, zu der man langsam wieder zurückkehrt. Es wird, *as usual*, eine Geschäftspolitik sein. Man darf sie als unfruchtbar bezeichnen, weil sie kurzfristig ist und die gewaltigen politischen und sozialen Probleme unseres Jahrhunderts mit völlig verfehlten Mitteln lösen zu können glaubt.» (Seite 163 ff.)

Mit den Mitteln — so fügen wir bei — einer gänzlich zeitwidrig gewordenen militärischen Machtpolitik nämlich, im Zeichen der gewaltsamen Zurückdrängung und schließlich Zerstörung derjenigen Bewegungen, die die Probleme des Jahrhunderts im Geiste des Sozialismus und damit auch der wirklichen politischen Demokratie — der Selbstregierung der Völker — zu lösen streben. Und diesen Bewegungen ist die Regierung Johnson grundsätzlich nicht weniger feind, als es eine Regierung Goldwater gewesen wäre, wenn sie es auch klüger anfängt als die Männer um Goldwater, die ihre Karten viel zu offen ausspielten. Vielleicht werden sie aber bis 1968 noch einiges dazulernen...

Labour an der Macht Im Gegensatz zur amerikanischen Präsidentenwahl hat uns das Ergebnis der britischen Unterhauswahlen eher überrascht, ja enttäuscht. Die Nieder-

Amerika überwiesen hat, daß sich selbst konservative Australier zu Protesten bereitfinden. Die Tatsache, daß die Gesellschaft ‚arrogant‘ alle Verhandlungen ablehnte und erklärte, daß Entscheidungen dieser Art nur in Detroit getroffen werden können, hat die Regierung, die als ‚Beschützer‘ der General Motors gilt, geschadet.» (Red.)

lage der Konservativen Partei ist viel weniger ausgeprägt, als man im Blick auf ihre 13jährige Mißwirtschaft erwarten konnte (ihr Stimmenverlust beträgt nur 5 Prozent), und der Stimmengewinn der Labourpartei ist viel schwächer, als anzunehmen war; er beschränkt sich auf ganze 0,6 Prozent (1964: 44,2 Prozent Labouranteil gegen 43,6 Prozent vor fünf Jahren). Die Hauptgewinner sind stimmenmäßig die Liberalen, die ihren Stimmenanteil von 5,9 auf 11,2 Prozent steigern, d. h. fast verdoppeln konnten. Die Machtstellung der Konservativen Partei innerhalb der Gesamtwählerschaft ist also wirklich nicht stark erschüttert worden, und was sie an Wählergunst eingebüßt hat, das ist viel weniger der Labourpartei zugutegekommen als den Liberalen, denen man vorausgesagt hatte, sie würden annähernd aufgerieben werden. Das grenzt alles fast an eine Niederlage der Labourpartei, die mit so hochgespannten Hoffnungen in den Kampf gezogen war!

Die Aufgabe, vor die sich die neue Labourregierung unter Harold Wilson gestellt sieht, ist um so schwieriger, als die Lage der britischen Wirtschaft noch düsterer ist, als es nach außen hin schien. Dazu kommt, daß über die Sofortmaßnahmen hinaus, die wie die 15prozentige Erhöhung der Zölle zur Behebung der Augenblicksnöte getroffen werden müssen, eine Umgestaltung des ganzen Wirtschaftsgefüges erforderlich wäre, die aber bei der knappen Mehrheit von ganzen vier Stimmen, die Labour im Unterhaus gegenüber Konservativen und Liberalen zusammengenommen besitzt (317 gegen 304 plus 9), durch irgendeinen parlamentarischen Betriebsunfall von vornherein verunmöglich werden kann. Trotzdem bleibt der Regierung Wilson nichts anderes übrig, als von ihrem weitgespannten Programm wenigstens soviel der Erfüllung entgegenzuführen, als unter den obwaltenden Umständen überhaupt möglich ist. Sie muß den jetzt so bedenklich lahmen Willen der Wählerschaft zu gründlichen Reformen wirtschaftlich-sozialer wie politischer und kultureller Art zu solch starker Bewegungskraft antreiben, daß sie hoffen kann, eine wirklich zuverlässige Mehrheit der Wählerschaft und der Volksvertretung zu erobern, wenn sie in zwei oder drei Jahren (wo immer möglich nicht vorher!) das Unterhaus auflöst und von sich aus das Volksurteil anruft. Entschlossen durchgreifen oder alles verlieren — das ist die Wahl, der sich Labour gegenüber sieht. Und das heißt, daß die Labourregierung um einen klar auf eine *sozialistische* Umgestaltung von Wirtschaft und Staat ausgerichteten Gesamtplan auf die Länge doch nicht herumkommt, so sehr sich die Parteiführung in den letzten paar Jahren bemüht hat, nicht durch «radikale» Forderungen die schwankenden Wählerschichten in der Mitte vor den Kopf zu stoßen und die Parteieinheit zu zerreißen.

Überstürzte, unbesonnene Sozialisierungsmaßnahmen wird gleichwohl niemand der Regierung Wilson zumuten, zumal Schlüsselstellungen im Kabinett wie die Ministerien für Wirtschaft, für Finanzen, für Inneres, für Äußeres und für Landesverteidigung in den Händen

erprobter Angehöriger des rechten Labourflügels liegen, während die als «Linke» anzusprechenden Regierungsmitglieder wie Cousins, Greenwood, Crossman und Barbara Castle sich mit eher zweitrangigen Departementen (Technik, Commonwealth, Entwicklungsländer, Wohnungsbau) begnügen müssen. Aber gerade der Wohnungsbau und dazu die Hilfe für die breite Schicht verschämter Armer, die der «Wohlfahrtsstaat» bisher im Stich ließ, stellen der neuen Regierung dankbare Aufgaben, die — wie auch die längst fällige Reform des überalterten und durch Klassenvorrechte verderbten Schulwesens — gelöst werden können, ohne daß schon das Schreckgespenst Sozialismus heraufbeschworen werden müßte. Wir lesen zwar in der Schweizer Presse, daß die Wohnungsnot in England lange nicht so bedenklich sei wie hierzulande (um so schlimmer für uns!); wie groß sie aber dennoch ist, geht schon aus der Feststellung des Nationalen Wohnungsinstituts hervor, daß zwischen drei und fünf Millionen von den 14,5 Millionen Wohnungen in England und Wales, also noch abgesehen von den besonders elenden Verhältnissen in Teilen von Schottland, «abbruchreif sind oder wesentliche Verbesserungen brauchen». Was aber die soziale Notlage ganz allgemein betrifft, so wird sie von einem Fachmann, Dr. Brian Abel Smith, kurz und bündig wie folgt beschrieben: Fast drei Millionen Menschen auf öffentliche Fürsorge angewiesen. Eine weitere Million bezugsberechtigt, aber nicht anmeldet. Drei oder mehr Millionen außerdem nicht bezugsberechtigt, aber kaum besser gestellt. Tausende von Familien ohne Wohnung. Andere unter dem doppelten Druck niedrigen Einkommens und hoher Mieten zusammengebrochen — die Kinder in Heimen, die Eltern in Notunterkünften. Zehntausende von Alten und Behinderten in Anstalten mit ungenügender Betreuung und ungenügendem Einkommen. «Das sind die sozialen Opfer unserer sogenannten Überflußgesellschaft. Das sind die Armen Großbritanniens. Und obwohl sich ihre Zahl auf verschiedene Millionen beläuft, belästigen sie nur selten das soziale Gewissen.» («New Statesman», 9. Oktober.) Nimmt man dazu die Tatsache, daß nach einer jüngst veröffentlichten Erhebung (vgl. «Peace News», 13. Dezember 1963) das Kind eines ungelernten Arbeiters fast zweimal soviel Aussicht hat, bei oder bald nach der Geburt zu sterben, wie das Kind einer Frau aus Kreisen mit guter Berufsbildung, und daß nur ein Prozent der Kinder halb- oder ungelernter Arbeiter eine einigermaßen höhere Schulbildung genießt, dann wird man zugeben, daß die Labourregierung im Kampf gegen die Armut ein Arbeitsfeld vor sich hat, dessen entschlossene Beackerung ihr die Unterstützung neuer, breiter Wählerschichten bei einer kommenden Parlamentswahl einbringen würde.

Wieweit sich Wilson und Gordon Walker, sein Außenminister, auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Friedenssicherung vorwagen werden, bleibt abzuwarten. Von einem Austritt aus dem Westbund (der NATO) und Schritten in der Richtung einer einseitigen

Abrüstung wird natürlich keine Rede sein. Man muß schon froh sein, wenn die Labourregierung auf eigene britische Kernwaffen verzichtet und die Beteiligung an der geplanten «vielseitigen atomaren Flottenstreitmacht» (MLF) ablehnt. Daß in London erklärt wird, die Frage der MLF müsse so gelöst werden, daß die «berechtigten Ziele» der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Westdeutschlands (!) erreicht würden, verspricht jedenfalls schon heute nichts Gutes. Zu denken gibt auch die Versicherung Gordon Walkers, «daß das Kabinett Harold Wilsons auch die alliierte Politik in Südostasien aufrechterhalten wolle» und Großbritannien dort «beim Kampf gegen die kommunistische Bedrohung mit seinen Verbündeten zusammenarbeiten» werde. (UPI-Meldung, 22. Oktober 1964.) Heißt das etwa, daß Großbritannien die Vereinigten Staaten in Vietnam und Laos unterstützen wird, wenn die USA ihrerseits in Malaysia und Indonesien für England Partei ergreifen?

Und wie steht es mit Afrika? Die Labourregierung kann zwar nicht anders, als daß sie sich gegen den Abfall Südrhodesiens, diesen Rest des ehemaligen Zentralafrikanischen Staatenbundes, von Großbritannien entschieden wehrt. Bringt sie aber auch genügend Tatkraft auf, um sich der Bildung eines rhodesisch-portugiesisch-südafrikanischen Blockes zur Aufrechterhaltung der weißen Rassenherrschaft in ganz Südafrika zu widersetzen? Was wird ferner ihre Politik im Kongo sein, der mehr und mehr wieder unter den bestimmenden Einfluß des amerikanischen, britischen und belgischen Kolonalkapitals zu geraten droht? Lauter Fragezeichen, wie man sie auch hinter die Absichten Wilsons und seiner Kollegen in bezug auf Ostdeutschland und Osteuropa setzen muß. In Bonn wird man bei der Fortsetzung der unseligen «Politik der Stärke» gegenüber dem Osten jedenfalls auf nicht viel Widerstand aus London stoßen.

Der Theatercoup von Moskau Während man am 16. Oktober auf die Ergebnisse der britischen Parlamentswahlen wartete, kam plötzlich, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, aus Moskau die Kunde von dem Sturz Nikita Chruschtschews. Die Verblüffung war in der ganzen Welt groß. Man hatte gewiß immer wieder in den letzten Monaten von Auseinandersetzungen über die Politik Chruschtschews im Schoße der Führungskörperschaften der Sowjetunion gehört; im April waren sogar Gerüchte verbreitet gewesen, Chruschtschew wolle Ende Mai im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei seinen «Rücktritt innerhalb zweier Jahre» ankündigen und Koslow als seinen Nachfolger bezeichnen. Aber kein Mensch hielt es damals im Westen für möglich, daß insgeheim bereits eine geschlossene Einheitsfront von Chruschtschews Gegnern in der Bildung begriffen sei, die ihn auf Verschwörerart, im Stil orientalischer Palastrevolutionen, schon lange vor Ablauf der zweijährigen Schonfrist unter demütigenden Umständen «aus Gesundheitsgründen» zum Rücktritt

zwingen würde. Chruschtschew selbst, der am Schwarzen Meer in den Ferien weilte, scheint ganz ahnungslos gewesen und vom einmütigen Parteipräsidium vor eine fertige Tatsache gestellt worden zu sein, an der er auch im eiligst zusammengerufenen Zentralkomitee nichts mehr zu ändern vermochte. Begreiflich, daß in den kommunistischen Landesparteien des Westens, die immerhin in solchen Dingen Erfahrung haben, über dieses ganze Vorgehen Beunruhigung, ja Entrüstung entstand und einige von ihnen sogar Abordnungen nach Moskau schickten, die Aufklärung über die Hintergründe des Regierungswechsels verlangten. Man bedeutete ihnen dort natürlich unverfroren, daß sich alles «in vollkommen demokratischen Formen» abgespielt habe und sowohl *Breschnew* als neuer Parteisekretär wie *Kossygin* als Ministerpräsident ganz rechtmäßig, durch die zuständigen Parteiorgane, in ihr Amt eingesetzt worden seien. Dann wurde aber, am 30. Oktober, doch ein parteiamtliches Schriftstück bekannt, das, mit einem langen Sündenregister Chruschtschews versehen, die Absetzung des bisherigen Parteiführers und Regierungspräsidenten ausführlich begründete. Die Kritiken sind seither so ziemlich verstummt, wenn auch die Italiener und Schweden immer noch meckern. «Die Partei hat immer recht» — das ist auch jetzt wieder die Lösung in den außerrussischen Parteien. In der Sowjetunion selbst rührte sich offenbar sowieso keine Hand für den gestürzten «Großen» . . .

Die Anklagen gegen Chruschtschew gehen bis auf die Suezkrise von 1956 und die Kubakrise von 1962 zurück. Sie befassen sich besonders einläßlich mit dem sowjetisch-chinesischen Konflikt und mit den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ostblockländern, rücken dann sehr stark die wirklichen und angeblichen Fehler Chruschtschews in der Innenpolitik — Landwirtschaft, Verwaltungsorganisation, Wohnungsbau, industrielle Entwicklung usw. — ins Licht und verweilen nicht zuletzt auf Chruschtschews Charakter- und Temperamentsfehlern, die ebenso wie seine Günstlingswirtschaft und seine Neigung, sich persönlich vergöttern zu lassen, einer sachlichen, erfolgreichen Führung der Staatsgeschäfte abträglich gewesen seien.

Nun kann sicher kein Zweifel daran sein, daß Chruschtschews Politik, im Innern wie nach außen, besonders in den letzten Jahren zu ernsten Bedenken Anlaß geben konnte. Wir selbst stießen uns — außer an Chruschtschews Chinapolitik — besonders auch an der Art und Weise, wie der Herr des Kremls seit Kußma die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten fast um jeden Preis erkaufen wollte und wie unter seinem Einfluß die Sowjetunion mehr und mehr in Gefahr geriet, ihres sozialistischen Charakters verlustig zu gehen und sozusagen nur ein rot angestrichenes Amerika mit möglichst hohen Produktionsziffern und sensationellen technischen Leistungen — namentlich in der Weltraumeroberung — zu werden. Auch die Eigenmächtigkeit und Sprunghaftigkeit von Chruschtschews Entschlüssen mußte immer wieder zum Widerspruch reizen; sie trug sicher nicht unwesentlich auch

zum Mißerfolg der sowjetischen Landwirtschaftspolitik während der vergangenen fünf oder zehn Jahre bei. Und so kann man noch eine Reihe von Mißgriffen und Versäumnissen anführen, die Chruschtschew mit Recht zur Last gelegt werden und die auszuschalten dringend notwendig wurde.

Aber lange nicht alles, was man dem gestürzten Diktator vorwirft, muß ihm allein oder doch überwiegend ihm angekreidet werden. Gerade in die Landwirtschaftspolitik spielen — wie etwa die Mißernte des letzten Jahres — Ereignisse und Kräfte hinein, an denen Chruschtschew wirklich nicht schuld war. Und soweit er fehlgegangen ist, sind seine heutigen Ankläger und Richter die längste Zeit selber mitgegangen, ja sie haben ihn auf den falschen Weg geradezu gestoßen. Das gilt namentlich von der *Chinafrage*. Es scheint erwiesen, daß es nicht Chruschtschew war, der dem Konflikt mit Peking jene unerhörte Schärfe gab, die bis an den Rand eines förmlichen Bruches zwischen der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik führte, sondern vor allem Suslow, Breschnew und Podgorny, die mit fanatischer Gehässigkeit auf die Ausstoßung der chinesischen Kommunisten aus der Gemeinschaft der kommunistischen Parteien hindrängten, und denen Chruschtschew nur zögernd und ohne rechte Überzeugung folgte. Erst als dieser Kurs auf Widerstand bei den meisten und wichtigsten kommunistischen Parteien des Westens (ausgenommen die französische KP) wie des europäischen Ostens stieß und zu einem katastrophalen Mißerfolg zu führen drohte, schwenkten seine Urheber schnell um und schoben Chruschtschew als den Mann vor, der an dem ganzen Durcheinander schuld sei und sofort entfernt werden müsse. Das ist ein so minderwertiges Intrigantenstück, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist.

Aber ganz allgemein muß man fragen, warum Chruschtschews Kritiker nicht schon längst und öffentlich gegen eine Politik aufgetreten sind, die sie heute in so vielen Punkten für falsch und verhängnisvoll erklären, und warum sie erst jetzt auf einmal ihre völlige Unerträglichkeit entdeckt und den «unmöglichen» Partei- und Regierungschef Knall und Fall fortzujagen sich genötigt sahen, ohne ihm auch nur ein einziges Wort der Anerkennung für seine tüchtigen, ja epochemachenden Leistungen zu gönnen. Das ist vielleicht die peinlichste Seite des ganzen Vorgehens der Breschnew, Suslow und ihrer Freunde, der Männer also, die meistens von Chruschtschew selber in ihre bisherigen Stellungen eingesetzt worden sind und ihn nun so schnöd abgehälfert haben.

Die Folgen Denn daß Chruschtschews sonst vielfach anfechtbares Lebenswerk hervorragende, geschichtliche Leistungen aufzuweisen hat, das wird ihm auch der Nichtkommunist ganz selbstverständlich zugestehen. Er war es doch, der unter die *Stalinzeit* und ihre Verbrechen ein für allemal den *Schlußstrich* gezogen hat, auch

wenn er das unter der irreführenden Bezeichnung der Abschaffung des «Personenkultes» getan und nie eine folgerichtig entwickelte Gegenauuffassung vorgelegt und zum Durchbruch geführt hat. Er ist eben selber unter Stalin großgeworden und hat dem von ihm so rücksichtslos bloßgestellten Gewaltherrscher jahrelang treu gedient, so daß es wie eine Vergeltung eigener Sünden aussieht, wenn er jetzt von seinen ehemaligen Mitarbeitern eine ähnliche Behandlung erfährt. Dennoch: unter Chruschtschew hat der Sowjetkommunismus eine Wendung zur Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit genommen, die nicht mehr rückgängig zu machen ist, so unvollkommen sie bisher auch fortgesetzt worden sein mag.

Was aber noch wichtiger ist: Chruschtschew hat dem Glauben an die «objektive» Unvermeidlichkeit eines *Krieges* zwischen Weltkapitalismus und Weltkommunismus einen Schlag versetzt, von dem er sich nicht wieder erholen wird, und Lenins Lösung von der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der sozialistischen mit den kapitalistischen Staaten zu lebensvoller Wirksamkeit verholfen, die ebenfalls nicht mehr auszulöschen ist, selbst wenn diese Möglichkeit durch menschliche Schuld vorderhand nicht zur Tatsache werden sollte. Was immer in den vergangenen zehn Jahren an Entspannung der west-östlichen Beziehungen und an größerer Bereitschaft zur Abrüstung geschehen ist, bleibt mit dem Namen Chruschtschews dauernd verbunden, so jammer voll unzulänglich und von schweren Gefahren umwittert es auch noch sein mag. Der Amerikaner I. F. Stone hat sich nicht gescheut, Chruschtschew deshalb als des Nobelpreises für Friedensarbeit würdig zu erklären. «Man sollte nicht vergessen», schreibt er in seinem «Weekly» (26. Oktober), «daß es beim ersten atomaren Weltkonflikt Chruschtschew war, der tat, was so wenige Führer in vergleichbaren Lagen zu tun bereit waren, daß er nämlich seine Machtstellung aufs Spiel setzte durch einen Rückzug um des Friedens willen. Robert F. Kennedy erzählte kürzlich einer Versammlung von Nonnen, sein Bruder habe sich gegen einen direkten Luftangriff auf die kubanischen Raketenstützpunkte erklärt, weil das vermutlich 25 000 Menschenleben gekostet hätte; das wurde als Beispiel von Menschlichkeit hingestellt. Aber die Zuspitzung des Konfliktes, die Präsident Kennedy heraufbeschwor, indem er auf dem Rückzug und Widerruf der Russen beharrte, hätte leicht 25 Millionen Menschenleben kosten können. Hätte Chruschtschew nicht nachgegeben, hätten die Pilzwolken um unseren Planeten zu kreisen begonnen — hätten da die Überlebenden Kennedy Recht gegeben, wenn er so viele Menschenleben vernichtet hätte, statt friedlich zu verhandeln oder gar auf unserer (der amerikanischen) Seite der Welt die waffenstarrenden Raketenstützpunkte anzunehmen, mit denen wir auf der anderen Seite Rußland umgeben hatten? Die russischen Raketen in Kuba anzunehmen, hätte vielleicht Kennedy seine politische Zukunft gekostet. Die Annahme des amerikanischen Ultimatums

hätte Chruschtschew die seine kosten können. Und es war Chruschtschew, der den Preis für den Frieden bezahlte.»

Jetzt, zwei Jahre später, hat er freilich auch mit seiner Stellung bezahlen müssen, als ihm seine Gegner den Kubakonflikt mit auf die Rechnung setzten. Aber die Vermeidung eines Weltbrandes im November 1962 bleibt dennoch eine Tat Chruschtschews, die wir ihm trotz all seinen Fehlern — die er auch in der Kubakrise gemacht hat — nie vergessen werden. Und ob seine Nachfolger die damals eingeleitete Entspannungspolitik fortsetzen werden, ohne wie Chruschtschew den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und für die Befreiung der kolonialen und halbkolonialen Völker zu vernachlässigen, das muß sich erst noch zeigen. Hocherfreulich ist immerhin, daß als Folge von Chruschtschews Sturz, den die Chinesen schon lange gewünscht haben, die Beziehungen zwischen Moskau und Peking eine deutliche Wendung zum Guten genommen haben. Die auf Mitte Dezember angesetzte Konferenz der kommunistischen Parteien ist jedenfalls verschoben worden, und es ist zu hoffen, daß wie in Moskau, so auch in Peking die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz der beiden Formen des Kommunismus, der «sowjetischen» und der «chinesischen», immer klarer erkannt und anerkannt wird, ja daß überhaupt die Vorherrschaft Moskaus innerhalb der kommunistischen Welt ein für allemal gebrochen bleibt.

Es war wohl Zeit, daß Chruschtschew von der Weltbühne abtrat. Er hatte seine Aufgabe erfüllt und war mit seinem unberechenbaren Temperament in mancherlei Hinsicht eine Belastung und eine Gefahr geworden. Aber seine Ablösung hätte in anderen Formen geschehen können und müssen. Und es wird eine Hauptaufgabe seiner Nachfolger sein, ihrem Volk und der Welt inskünftig die Wiederholung des beschämenden Schauspiels zu ersparen, das sie mit der handstreichmäßigen, erniedrigenden Entfernung Chruschtschews aus seiner Stellung geboten haben. Es ist hohe Zeit geworden, daß auch in der Sowjetunion politische Veränderungen in gesitteteren Formen, in voller Öffentlichkeit und unter möglichst weitgehender Mitwirkung des Volkes vollzogen werden. So wie Chruschtschew ist dieser Tage nicht einmal der König von Saudiarabien abgesetzt worden, dessen Nachfolger — sein Bruder Feisal — schon längst in offenem Gegensatz zum bisherigen Herrscher gestanden war und nun mit seinem Anhang den Machtkampf endlich gewonnen hat.

Eine zweite innenpolitische Aufgabe wartet auf die neue Führungsgruppe in Moskau: die durchgreifende *Hebung der Lebenshaltung* des Sowjetvolkes, die unter Chruschtschew nicht gelungen ist. «Die Ernährungslage», so stellt ein Moskauer Mitarbeiter des «New Statesman» (23. Oktober) fest, «hat sich in diesem Jahr furchtbar verschlechtert . . . Russland ist immer noch die einzige große Weltmacht, die ihre Bevölkerung nicht angemessen mit Frischmilch, Eiern, Frischobst und

Gemüse versorgen kann. Die Verteilung ist immer noch schauderhaft. Fleisch ist so beschaffen, daß es sich gewöhnlich nur zum Dämpfen eignet. Die Wartezeit für ein Telephon liegt zwischen drei und fünf Jahren, je nach dem Ort, wo man wohnt . . . Autobusse, Züge und Untergrundbahn sind zu den meisten Tageszeiten hoffnungslos überfüllt . . . Fensterreinigung scheint es nicht zu geben. Wäschereien und Schuhreparaturwerkstätten ruinieren oder verlieren ständig die Sachen, und der Kunde bekommt kaum Entschädigung. (Was auch im Westen nicht unbekannt ist.) Die Hausfrau hat weniger arbeitssparende Apparate als irgendwo sonst im übrigen Europa, obwohl zahlreiche Frauen auswärts arbeiten. Das russische Publikum ist mit all dem nicht zufrieden und sagt ganz offen, daß ohne die Auslandshilfe, die Rußland gewährt, die Wohnungsverhältnisse viel besser wären . . . Chruschtschews Sturz kam tatsächlich nicht völlig unerwartet; der Eindruck war im Volk verbreitet, daß die Zeit gekommen sei, um mit den Veteranen der Revolution zu brechen und einer jüngeren Generation Platz zu machen.»

Abwarten, ob die's besser macht! Ministerpräsident Kosygin ist immerhin auch schon über sechzig . . .

7. November

Hugo Kramer